

«Die dynamische Rechtsübernahme haben wir im Griff»

Liechtensteins Regierungschefin Brigitte Haas sagt, verlässliche Beziehungen zur EU seien für einen Kleinstaat noch wichtiger geworden

Frau Haas, im Frühling war Liechtenstein schockiert, weil die USA es mit einem Zoll von 37 Prozent belegten. Nun hat es die Schweiz mit 39 Prozent hart getroffen, während Sie mit 15 Prozent glimpflich davongekommen sind. Was haben Sie besser gemacht?

Wir haben noch keine Erklärung dafür, weshalb wir einen anderen Zoll als die Schweiz erhalten haben. Wir begrüssen es, dass die USA Liechtenstein nicht mit einem höheren Zoll als 15 Prozent belegt haben. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch 15 Prozent sind zu viel. Wir unterhalten mit den USA gute wirtschaftliche Beziehungen, die wir weiterführen wollen. Für unsere Industrie sind die Zölle eine Herausforderung. Unser grosses Ziel wären gar keine Zölle.

Es gab Verhandlungen über eine trilaterale Übereinkunft zwischen den USA, der Schweiz und Liechtenstein. Warum sind diese gescheitert?

Wir haben von Anfang an trilateral verhandelt. Wir haben keine Information erhalten, warum dieses Vorgehen gescheitert ist.

Liechtenstein ist über die Zollunion eng mit der Schweiz verbunden. Was bedeutet der hohe Strafzoll der USA für die Schweiz für Sie?

Mit den unterschiedlichen Zöllen haben die Schweiz und Liechtenstein eine neue Ausgangslage. Wir würden uns wünschen, dass die Zölle der Schweiz ebenfalls so rasch als möglich sinken. Bis dahin werden wir uns eng mit dieser und mit unserer Wirtschaft abstimmen. Eine zentrale Rolle übernimmt die Task-Force, die die Regierung unmittelbar nach der Ankündigung der Zölle im April eingesetzt hat. Den Vorsitz hat das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, aber auch Ministerien, Arbeitsstellen und die Wirtschaft sind darin vertreten. Der Zolltarif von 39 Prozent auf Schweizer Waren könnte auch liechtensteinische Unternehmen massiv treffen. Manche sind auch als Zulieferer schweizerischer Unternehmen tätig, die in die USA exportieren.

Die Schweiz hat mit der EU ein neues bilaterales Vertragspaket abgeschlossen. Was erhofft sich Liechtenstein davon?

Für uns als Kleinstaat sind geregelte Beziehungen, die zu Stabilität und Sicherheit beitragen, äusserst wichtig. Es ist für alle Beteiligten von grosser Bedeutung, wenn Regeln eingehalten werden und man sich auf Verträge verlassen kann. Deshalb würde es Liechtenstein auch begrüssen, wenn unser Nachbar mit der EU eine gute Regelung findet – die Ausgestaltung ist für uns sekundär.



«Unser grosses Ziel wären gar keine Zölle», sagt Brigitte Haas.

WALTER BIER / KEYSTONE

Warum?

Wir haben sehr intensive Handelsbeziehungen mit der Schweiz und mit der EU, weil wir gleichzeitig Teil zweier Wirtschaftsräume sind. Natürlich sind wir mit der Schweiz geschäftlich, gesellschaftlich und kulturell eng verbunden. Es ist uns ein Anliegen, dass die Schweiz mit der EU stabile Verhältnisse hat. Die Verläss-

gezeigt, dass über 80 Prozent den EWR gut finden. Die Menschen schätzen diesen auch wegen der Teilnahme an Programmen wie Erasmus. Die Bevölkerung sieht zudem, wie wichtig die Mitgliedschaft für unsere Wirtschaft ist. Die Befragung der Unternehmen hat noch bessere Resultate ergeben, gerade bei jenen, die international aufgestellt sind, und bei den Banken. Die Finanzindustrie hatte vor dem Beitritt vor allem wegen der EU-Regulierungen grosse Bedenken. Heute sehen 92 Prozent der Banken den EWR positiv, weil dieser Rechtssicherheit bringt. Auch bei den Industrieunternehmen und den KMU fällt die Zustimmung mit 90 Prozent beziehungsweise fast 70 Prozent hoch aus.

Ein Bericht der Verwaltung kommt allerdings zu dem Schluss, dass der Regulierungsaufwand, den der EWR bringe, hoch sei.

Ja, das ist eine grosse Herausforderung. Die Mitgliedschaft im EWR hat nicht nur «Sonnen», sondern auch «Schatten»-seiten. Die EU hat in den letzten Jahren sehr viel reguliert, was sich hemmend auf die Wirtschaftsleistung auswirkt. Das hat sie inzwischen selber gemerkt und strebt mit Vereinfachungsinitiativen eine Ent-

bürokratisierung an. Beispielsweise hat die EU die Anwendung der Rechtsvorschriften für gewisse Berichterstattungspflichten von Unternehmen zeitlich verschoben. Das begrüssen wir sehr.

Liechtenstein praktiziert die dynamische Rechtsübernahme, die neu bei den Binnenmarkt-Abkommen auch für die Schweiz gelten soll, seit dreissig Jahren. Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Wir haben die dynamische Rechtsübernahme im Griff. 1995 haben wir durch den EWR mit knapp 2000 EU-Rechtsakten angefangen – heute sind wir bei fast 15 000 Rechtsakten angelangt. Das ist gerade für ein kleines Land eine grosse Zahl. Für uns ist wichtig, dass wir Rechtsakte schon früh im Entwurfsstadium anschauen können. Über das sogenannte «decision shaping» können wir Einfluss nehmen. Diese Mitwirkungsrechte würde mit den neuen EU-Verträgen auch die Schweiz erhalten. Man hat damit die Möglichkeit, konkrete Anmerkungen zu einem Entwurf eines EU-Rechtsakts einzubringen.

Was raten Sie der Schweiz?

Wir können nur sagen, wie wir es handhaben. Die grosse Menge an Rechtsakten

kann, gerade durch ein kleines Land wie Liechtenstein, nicht immer bis ins letzte Detail überprüft werden. Deshalb setzen wir Prioritäten und schauen, was uns direkt betrifft. Wir schicken die Entwürfe der Rechtsakte immer auch den Wirtschaftsverbänden, um deren Rückmeldung zu erhalten. Der Einbezug der Interessengruppen funktioniert gut. Zu dem gibt es im Rahmen der EWR-Übernahmebeschlüsse nochmals die Möglichkeit für Anpassungen oder Ausnahmen – auch wenn ein Rechtsakt beschlossen wird. Solche Anpassungen bringen wir nur ein, wenn es wirklich nötig ist. Das funktioniert auch.

Liechtenstein hat viele Rechtsakte übernommen, auch in wichtigen Bereichen ohne mitentscheiden zu können. Das ist demokratiepolitisch problematisch.

Auch die Schweiz hat über die bilateralen Abkommen und über den autonomen Nachvollzug viel EU-Recht übernommen. Dank dem «decision shaping» kann Liechtenstein bis zu einem gewissen Punkt mitentscheiden. Natürlich ist für uns nicht jeder Vorschlag aus Brüssel ideal, aber vieles ergibt auch Sinn. Unter dem Strich zählt, dass die Vorteile die Nachteile überwiegen. Es hat sich klar gezeigt, dass für Liechtenstein der EWR der richtige Weg ist.

Mit Island zieht eines von drei Mitgliedern des EWR einen EU-Beitritt in Betracht. Hat sich das Konstrukt überlebt? Nein. Wir haben uns schon vor zwanzig Jahren mit der Frage beschäftigt, was wir tun würden, wenn es den EWR nicht mehr gäbe – aber es gibt ihn immer noch. Zurzeit ist es so, dass Island plant, bis spätestens 2027 eine Bürgerbefragung abzuhalten darüber, ob es nochmals Verhandlungen über einen EU-Beitritt aufnehmen möchte. Wir müssen also vorbereitet sein, falls das Land längerfristig aus dem EWR austritt. Die Regierung hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich damit beschäftigt, wie der europäische Weg Liechtensteins künftig ausfallen könnte.

Sie prüfen auch einen Beitritt zur EU, relativieren dies aber gleichzeitig. Was gilt nun? Wir prüfen ergebnisoffen verschiedenste Optionen. Deshalb haben wir einen Beitritt zur EU nicht von vornherein gänzlich ausgeschlossen. Wir werden diese Möglichkeit aber sicher nicht als erste anschauen. Das ist von den Medien teilweise falsch interpretiert worden. Wir sind uns dessen bewusst, dass hier die Grössenverhältnisse der EU für Liechtenstein heute nicht stimmen.

Interview: Tobias Gafafar, Bern